



öffentlich

**Betreff:**  
GABI

Erstellungsdatum 04.03.2002

Eingang 02:

**Einreicher:** CDU-Fraktion

Beratungsfolge:		Empfehlung	Entscheidung
Datum der Sitzung	Gremium		
06.03.2002	Stadtverordnetenversammlung der Landeshauptstadt Potsdam		

**Beschlussvorschlag:** Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen:

„Der Oberbürgermeister wird aufgefordert, der Stadtverordnetenversammlung den Bericht des Rechnungsprüfungsamtes zur Arbeit der Gesellschaft für Arbeit, Beratung und Integration zusammen mit seiner schriftlichen Stellungnahme zur Sitzung der Stadtverordnetenversammlung am 10. April vorzulegen.

Bis zu Klärung der Vorwürfe sind die Mittel in Haushalt für die o.g. Gesellschaft gesperrt.“

\_\_\_\_\_  
Unterschrift

Ergebnisse der Vorberatungen  
auf der Rückseite

**Entscheidungsergebnis**

Gremium:

Sitzung am:

<input type="checkbox"/> einstimmig	<input type="checkbox"/> mit Stimmenmehrheit	Ja	Nein	Enthaltung
<input type="checkbox"/> Lt. Beschlussvorschlag		<input type="checkbox"/> Beschluss abgelehnt		
<input type="checkbox"/> abweichender Beschluss DS Nr.:				
<input type="checkbox"/> zurückgestellt		<input type="checkbox"/> zurückgezogen		

überwiesen in den Ausschuss:
Wiedervorlage:

Entscheidungsergebnis:	
Gremium:	
Sitzung am:	
Beratungsergebnis:	
Gremium:	
Sitzung am:	
Beratungsergebnis:	

**Finanzielle Auswirkungen?**

Ja

Nein

(Ausführliche Darstellung der finanziellen Auswirkungen, wie z. B. Gesamtkosten, Eigenanteil, Leistungen Dritter (ohne öffentl. Förderung), beantragte/bewilligte öffentl. Förderung, Folgekosten, Veranschlagung usw.)

ggf. Folgeblätter beifügen

**Begründung:**

Begründung:

Die Berichterstattung über staatsanwaltschaftliche Ermittlungen zeigt erhebliche Zweifel an der Darstellung der Arbeitsergebnisse der Gesellschaft für Arbeit, Beratung und Integration auf, die jedoch Grundlage für den Beschluss der StVV über die Fortführung der Arbeit der Gesellschaft war.

Der Oberbürgermeister ist daher gehalten, zu den aufgeworfenen Fragen, Stellung zu nehmen und ggf. Konsequenzen aus der Präsentation und Abrechnung falscher Arbeitsergebnisse für den Beschluss der Stadtverordnetenversammlung zu ziehen.

zur Dringlichkeit:

Die Vorwürfe gegen die Gesellschaft sind eine schwere Belastung. U.U. erhalten die Akteure Mittel aus dem Haushalt der Stadt unter Angabe falscher Tatsachen. Die Stadtverwaltung muss neben den staatsanwaltschaftlichen Ermittlungen eigene Anstrengungen unternehmen, um die entstandenen Fragen schnellstmöglichst zu klären. Bis dahin sollten die Mittel für die Gesellschaft im städtischen Haushalt gesperrt bleiben. Zur Abwendung von Schaden für die Stadt können Mittelsperre und der Beschluss zur Stellungnahme nicht bis zur Sitzung am 10. April 2002 aufgeschoben werden.